

ersch. 5mal wöchl. mit Wochensonderbeilagen „Gemeinl. und Welt“ und der Sonderbeilage „Die unter kleinen Leute“, sowie den Tagesbeilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Die praktische Hausfrau“, „Fotografie“, „Kunstliche Wegweiser“  
Kategorie A mit St.-Neu-Blatt N 2,70  
Kategorie B ohne St.-Neu-Blatt N 2,20  
Wochensummer 10 J. Sonntags- u. Sonntagsnummer 20 J.  
Hauptverleger: Dr. G. Debes, Dresden.

Dienslag, den 11. Oktober 1932

Verlagsort: Dresden  
Anzeigenpreise: Die 10-spaltige Zeile 20 J., 10-spaltige 15 J., 8-spaltige 12 J., 6-spaltige 10 J., 4-spaltige 8 J., 2-spaltige 6 J., 1-spaltige 4 J. Die 10-spaltige Zeile 1.50 M., 8-spaltige 1.20 M., 6-spaltige 1.00 M., 4-spaltige 0.75 M., 2-spaltige 0.50 M., 1-spaltige 0.30 M. Die 10-spaltige Zeile 1.50 M., 8-spaltige 1.20 M., 6-spaltige 1.00 M., 4-spaltige 0.75 M., 2-spaltige 0.50 M., 1-spaltige 0.30 M. Die 10-spaltige Zeile 1.50 M., 8-spaltige 1.20 M., 6-spaltige 1.00 M., 4-spaltige 0.75 M., 2-spaltige 0.50 M., 1-spaltige 0.30 M.  
Verleger: Dr. G. Debes, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Anzeigenpreise: Die 10-spaltige Zeile 20 J., 10-spaltige 15 J., 8-spaltige 12 J., 6-spaltige 10 J., 4-spaltige 8 J., 2-spaltige 6 J., 1-spaltige 4 J. Die 10-spaltige Zeile 1.50 M., 8-spaltige 1.20 M., 6-spaltige 1.00 M., 4-spaltige 0.75 M., 2-spaltige 0.50 M., 1-spaltige 0.30 M. Die 10-spaltige Zeile 1.50 M., 8-spaltige 1.20 M., 6-spaltige 1.00 M., 4-spaltige 0.75 M., 2-spaltige 0.50 M., 1-spaltige 0.30 M.  
Verleger: Dr. G. Debes, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Mühlb. 1, Postfach 17, Telefon 2071  
und 2102.

## Der Prozeß gegen das Reich

Wegen der Reichserektion vom 20. Juli — Herriot reist am Mittwoch nach London

### Großer Tag im Reichsgericht

Leipzig, 10. Oktober.

Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke begann heute vormittag die Verhandlung der Klage gegen das Reich, die die Länder Preußen, Bayern und Baden angestrengt haben. Es handelt sich um das Verfahren, das das größte deutsche Land in Gang gebracht hat, wegen der vom Kabinett Bayern gegen Preußen verhängten Exekution vom 20. Juli.

Schon längere Zeit vor dem auf 11 Uhr angesetzten Verhandlungstermin waren die Zuhörerplätze des Hauptsaales des Reichsgerichts völlig besetzt. Unter dem Auditorium bemerkte man führende Juristen und Staatsrechtler aus allen Teilen des Reiches. Die Prozeßparteien selbst sind durch die regelrechten Delegationen vertreten. — Um 11 Uhr betrat Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke den Verhandlungssaal.

Dem Richterkollegium gehören außer dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke als Vorsitzenden noch an als Beisitzer: Die Reichsgerichtsräte Schmidt (Berichterstatter), Tre-

bel, Dr. Schwalb sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. v. Müller-Verein, Dr. Gumbel-München und Dr. Striegler-Dresden. Die Vertretung der preussischen Staatsregierung führt bekanntlich Ministerialdirektor Dr. Bracht.

Ehe die eigentliche Verhandlung beginnt, stellt Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke fest, daß der Reichskanzler als preussischer Reichskommissar nicht besonders vertreten ist. Der Vertreter des Reichs, Ministerialdirektor Dr. Gottheiner, verweist darauf, daß diese besondere Vertretung sich erübrigt, wie das Reich bei seinen Schriftsätzen ausgeführt habe. Auch der preussische Vertreter Dr. Bracht beantragt, weiter zu verhandeln. Darauf hielt der Berichterstatter des Reichsgerichtspräsidenten ein längeres Referat aus den verschiedenen Schriftsätzen der Prozeßparteien, das die Ursachen des Rechtsstreits darlegte und die Auffassungen der Prozeßbeteiligten widerspiegelt.

Im Hinblick darauf, daß eine größere Anzahl hervorragender Sachverständiger von beiden Seiten zu dem Prozeß geladen ist, ist mit einer raschen Urteilsfindung nicht zu rechnen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Verhandlung beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen wird und vor der Urteilsverkündung eine neue Verhandlungspause eingeschoben werden wird.

### Kampf ums Kapitol

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

W. H. Am 8. November, zwei Tage nach der Entscheidung in Deutschland, wählt Amerika seinen neuen Präsidenten und — teilweise — seinen neuen Kongreß. Wir haben es in Europa erlebt, wie Handel und Wandel fließen, als die Verantwortlichen mit einer großen Geste auf das bevorstehende Plebiszit ihrer Nationen hinwiesen und zu handeln vergaßen. Die Wahlen lähmen auch Amerikas Handlungsfreiheit, werden sie wohl noch auf Monate hinaus lähmen. Denn eines ist fast zur Gewißheit geworden: Hoover wird nicht als Präsident zurückkehren, die Demokraten werden nach langer Pause wieder ihren Mann ins Weiße Haus entsenden. Der Wahlausgang in Maine, der den Republikanern eine schwere Niederlage brachte, hat divinatorische Bedeutung und die „Probearbeitung“ der Zeitschrift „Literary Digest“ hat Roosevelt mit zweieinhalbhundert Mehrheit zum Favoriten herausgestellt. Auch Hoover scheint das Opfer jener Weltkriege werden zu sollen, die schon manchen Staatsmann zur Strecke gebracht hat, weil das Volk Ursache und Wirkung zu verwechseln pflegt. Zwölf Millionen Arbeitslose, Millionen ruhelose Farmer und Krisenerbschütter kleiner Unternehmer werden dem Mann der Opposition ihre Stimme geben, und der ipse Entschluß Hoovers, sich auf das für seine Veranlagung besonders schwierige Gebiet der öffentlichen Wahlkämpfe zu begeben, ist mehr eine Neuerung der Verlegenheit als eines freigeschweiften Angriffswillens. Wenn Hoover einem demokratischen Erdstöß zum Opfer fällt, wird erst im März ins Weiße Haus ein Präsident einziehen, der für drei kommende Jahre die Arme freilassen wird, wie erwartet, der Kongreß eine klare demokratische Mehrheit mitbringt. Vor dem März 1933 wird also voraussichtlich Amerika nicht handeln können.

Die Rückwirkungen für Europa liegen auf der Hand. Eine Entscheidung über die europäische Schuldenfrage um die Jahreswende wird dadurch höchst ungewiss, zumal Roosevelt einer einfachen Schuldenerleichterung noch abweisender als Hoover gegenübersteht. Eine Verrechnung der Schuldensumme auf den Export Amerikas, wie ihn W. Smith als erster in Vorschlag brachte, würde im Sinne der Schuldner keine reinliche Erleichterung der Schuldenfrage bedeuten. Was wird dann aus Lausanne? Was wird aus den Auswirkungen, die man von den Entschlüssen dieser Konferenz erwartete? Gewiß ist es einseitigen amerikanischen Wirtschaftspolitikern seit langem klar, daß man nur die Wahl hat, politische und private Schuldenforderungen gleichzeitig einzubüßen, oder durch einen politischen Verzicht wenigstens einen Teil der privaten Schulden auszulösen. Aber es wird einer übertragenden Autorität bedürfen, dem von eigener Wirtschaftspolitik geschüttelten amerikanischen Staatsbürger den Verzicht auf wohlverworbene Rechte abzurufen. Mehr als ein Provisorium mit den Schuldnerländern ist jedenfalls bis zum Verfalltermin des 16. Dezember nicht mehr zu erwarten. Es gibt nur eine Hoffnung und einen Ausweg aus dem Dilemma, die heißersehnte Weltkonjunktur, die alle Verzicht mit einem wohlthätigen Schleier zudeckt. Aber eben diese Konjunktur wird durch die bestehende Ungewißheit hintangehalten. Hoover hat ein außerordentliches und durch das Hineinpumpen von Milliardenbeträgen in die Wirtschaft tatsächlich eine Scheinkonjunktur zustandegebracht, deren Auswirkung bis nach Europa zu verspüren war. Eine deutsche Reichsregierung hat sogar ihr gesamtes Wirtschaftsprogramm auf diese ungewissen Hoffnungen aufgebaut und ein einzigartiges staatspolitisches Experiment damit auf eine einzige unbedingte Karte gesetzt. Wird sie stehen? Die Warenlager in der Welt haben sich entleert, die Rohstoffpreise haben zum Teil erheblich angezogen, der Wirtkreislauf der Gelder belebt sich, aber der notwendige nächste Schritt, die Anregung der Wirtschaftsiniziativa, ist bis heute ausgeblieben. Die politische Ungewißheit bildet das ganz große Fragezeichen, und die Wirtschaftspolitik geht sogar einen ständig rückläufigen Weg.

In Lausanne hatte man beschloffen, zu einem nahen Zeitpunkt eine Arienkonferenz aller Weltvölker zusammen-

### Herriots Besuch bei Macdonald

London, 10. Oktober.

Dem diplomatischen Korrespondenten des Daily Telegraph zufolge hat Macdonald Herriot nach London eingeladen, um die Abrüstungsfrage zu erörtern. Diese Zusammenkunft werde im Laufe der Woche stattfinden. Die persönliche Antwort Berlin an London, deren Inhalt der britische Volkshüter in Paris am Sonnabend Herriot mitteilte, habe

Herriots entschiedenen Widerstand gegen eine Erörterung des deutschen Anspruchs außer in Genf und unter Teilnahme aller Interessierten nicht überwunden.

Infolgedessen habe Macdonald zu einem schon oft angewandten Verfahren gegriffen. Er habe den französischen Ministerpräsidenten sondieren lassen, ob er bereit wäre, demnächst zu einer vertraulichen Besprechung nach London zu kommen. Herriot habe allerdings diese Anregung nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen.

Bisher liegt noch keine amtliche Mitteilung darüber vor, ob Herriot die Einladung zu einem persönlichen Gedankenaustausch mit Macdonald annehmen wird. Der politische Korrespondent der Daily Mail glaubt allerdings zu wissen,

daß Herriot die Einladung bereits angenommen habe. Der Pariser Korrespondent des Daily Telegraph nennt sogar den Mittwoch als wahrscheinliches Datum der Abreise Herriots.

Mit der Reise des französischen Ministerpräsidenten nach London beginnt ein neuer Abschnitt in den Verhandlungen über die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage. Bisher hatte es den Anschein, als werde es nach der schroffen Antwort, die Deutschland sowohl aus Paris wie aus London erhalten hat, überhaupt nicht zu weiteren Verhandlungen kommen. In London glaubt man aus der letzten deutschen Note ein Entzücken herausgehört zu haben und will nun einen neuen Versuch machen, die im ganzen peinlich verfaßene Sache wieder in Fluß zu bringen.

Diese neue Initiative Englands kann insoweit begrüßt werden, als sie der Förderung der Abrüstungsbestrebungen dienen will. Sie birgt aber auch gewisse Gefahren in sich. Wir wissen von früheren Verhandlungen ähnlicher Art, daß eine englisch-französische Fühlungsnahme vor der Verhandlung mit Deutschland wiederholt dazu geführt hat, daß die deutschen Vertreter bei der Konferenz sich einer geschlossenen englisch-französischen Einheitsfront gegenübersehen. In dieser Richtung scheinen die Absichten Herriots zu gehen, der auch mit dem amerikanischen Vertreter Norman Davis, wenn man sich auf die Redungen der Pariser Presse verlassen kann, in solchem Sinne verhandelt hat. Auf diese Möglichkeiten

wird man bei den weiteren Verhandlungen auf deutscher Seite achten müssen, wenn es auch selbstverständlich falsch wäre, aus solchen Befürchtungen heraus Verhandlungen, die nach einer vorherigen englisch-französischen Fühlungsnahme stattfinden, von vornherein abzulehnen.

### Frankreichs neuer Abrüstungsplan

Paris, 10. Oktober.

Laut Bolantz geht der neue französische Sicherheits- und Abrüstungsplan dahin,

Hoovers Memorandum als Grundlage zu nehmen, aber unter der Bedingung, daß dieser Plan durch Bestimmungen über die Organisation der Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung ergänzt werde. Die Vereinigten Staaten würden, wie das Blatt weiter mitteilt, aufgefordert werden, die wirtschaftliche Blockade gegen den Anzeiger zugunsten der Angegriffenen zu verhängen. England müßte darüber hinaus an einer Organisation gemeinsamer Hilfeleistungen in Europa teilnehmen.

Die von Deutschland geforderte Gleichberechtigung würde dann ohne Angelegenheiten möglich sein.

Das Blatt fordert vor der endgültigen Annahme dieses Planes, der die Axiomatisierung des politischen und territorialen Status quo darstelle, eine Regelung der französisch-deutsch-polnischen Streitfragen namentlich betreffend die deutsche Ostgrenze.

### Ohne das Zentrum

Die Dienstag-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 10. Oktober.

Auch das Zentrum wird sich an den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages am Dienstag nicht beteiligen. Es wird lediglich der Abg. Dr. Bell als Beobachter in den Ausschuss entsenden. Die Sozialdemokraten werden sich erst am Dienstag vormittag darüber schlüssig machen, ob eine Teilnahme an den Beratungen einen Zweck hat

angeichts der Tatsache, daß die Regierung nicht im Ausschuss erscheint.

Da die Deutschnationalen schon mitgeteilt haben, daß auch sie an der Ausschußsitzung nicht teilnehmen werden, ist es möglich, daß Nationalsozialisten und Kommunisten allein bleiben werden, daß es unter diesen Umständen zu einer Beratung überhaupt kommen kann, ist sehr unwahrscheinlich.

keine größere Erleichterung... Sport soll in vornehmlichem Maße... keine förmliche Erleichterung... übernehmenden... Sport soll in vornehmlichem Maße... keine förmliche Erleichterung... übernehmenden...